

Die innenpolitische Entwicklung im Berichtsjahr

Betz, Joachim

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Betz, J. (2004). Die innenpolitische Entwicklung im Berichtsjahr. *Indien - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 31-41. <https://doi.org/10.11588/ijb.2004.0.1341>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft

Die innenpolitische Entwicklung im Berichtsjahr

Joachim Betz

1 Die Nachwirkungen der Wahlen in Gujarat

Innenpolitisch war Indien im Jahr 2003 zunächst geprägt von den Nachwirkungen des Wahlsieges der regierenden BJP in Gujarat unter ihrem lokalen Chefminister Narendra Modi. Dieser hatte mit einem ausgesprochen „kommunalen“ Wahlkampf einen spektakulären Sieg errungen. Ausfluss dieses Sieges war zunächst, dass sich Premierminister Vajpayee wieder deutlicher als Anhänger der Hinduideologie („Hindutva“) zu profilieren suchte, die Bewegung zur Errichtung eines Hindutempels in Ayodhya als Ausdruck nationaler Gefühle bezeichnete und die muslimische Gemeinde beschuldigte, sie hätten das letztjährige Massaker an Hindupilgern auf einer Bahnstation in Gujarat nicht gebührend verurteilt. Um die Wogen zu glätten, zeigte sich der Premierminister in seiner Neujahrsbotschaft bemüht, seine säkulare Grundüberzeugung zu bekräftigen. Die Partei zog aber aus dem Wahlsieg bei ihrem Konklave Ende Januar den Schluss, dass nun Hindutva (nach dem Muster von Gujarat) und nicht das Koalitionsprogramm der Zentralregierung Wahlplattform für die kommenden Landtagswahlen sein müsse.

Die Partei gab sich insgesamt selbstbewusster und lehnte es vorläufig ab, auf unionsstaatlicher Ebene Wahlallianzen mit Parteien einzugehen, die der Ideologie der BJP (Bharatiya Janata Party) feindlich gegenüberstehen. Gleichzeitig sollte die Debatte um den (abgelehnten) Autonomiestatus von Kaschmir, ein einheitliches Familienrecht und den Tempelbau in Ayodhya reaktiviert werden. Um die Regierung im Vorfeld der kommenden Wahlen (zunächst in Himachal Pradesh) zu stärken, wurde Ende Januar die nunmehr zehnte Kabinettsumbildung verfügt. Ziel war es, jene Minister zu belohnen, die ein Image von Sauberkeit und Effizienz genossen, Minister aus Staaten mit baldigen Wahlen stärker herauszustellen und Innenminister L.K. Advani breitere Kompetenzen zu verschaffen. Das gelang nur begrenzt; vier Minister wurden fallen gelassen, acht neue eingeführt, darunter erneut Arun Jaitley (als Justizminister). Er und Arun Shourie sollten die „saubere“ Seite der Regierung

verstärken. Advani wurde zuständig für faktisch alle Besetzungen im höheren Beamtenapparat und bei den Staatsbetrieben.

In der Kongresspartei ist seit dem Debakel in Gujarat die Zahl jener gestiegen, die der Partei eine weiche Version von Hindutva nahe legen wollten. Dazu gehörte auch Digvijai Singh, der Chefminister von Madhya Pradesh, der sich für ein Verbot von Rindfleischexporten aussprach. Allerdings blieb die Partei in dieser Frage gespalten. Für die BJP im Zentrum blieb die Freude über den unerwartet hohen Wahlsieg auch nicht gänzlich ungetrübt, stärkte er doch die Stellung derjenigen, die Hindutva nicht nur propagieren, sondern auch umstandslos durchsetzen wollten. Der Führer des Hindu-Weltrates (VHP) Praveen Togadia forderte die Regierung Mitte Februar auf, umgehend den Bau eines Hindutempels in Ayodhya zu ermöglichen, andernfalls werde sich seine Bewegung Hunderte von Moscheen aneignen, die ihrer Ansicht nach auf dem Boden zerstörter Hindutempel errichtet worden seien. Der VHP berief für den 22. Februar das so genannte religiöse Parlament nach Delhi ein, das Entscheidungen bezüglich des Tempelbaus treffen sollte. Die Regierung hatte – um die anstehenden Wahlen in Himachal Pradesh günstig zu beeinflussen und die Kontroverse um den Tempelbau juristisch zu beschleunigen – schon Anfang Februar an das Oberste Gericht appelliert, ihr die Übergabe des Landes an den VHP zu gestatten, das die ehemalige Moschee in Ayodhya umgibt, und das Verbot religiöser Aktivitäten auf dem Gelände aufzuheben. Sie spekulierte darauf, dass eine günstige gerichtliche Entscheidung den Widerstand der Koalitionspartner gegen die Landübergabe aushebeln werde. Justizminister Arun Jaitley bestritt, dass die Petition angestrengt wurde, um den Hinduradikalen entgegenzukommen. Sie sei vielmehr durch den Wunsch motiviert, die kommunale Konfrontation zu vermeiden.

Der VHP hielt freilich den Druck auf die Regierung aufrecht. Bei seinem dreitägigen Treffen in Delhi machte er deutlich, dass er einen negativen Gerichtsentscheid nicht akzeptieren werde. Für Ende Februar wurde eine öffentliche Erweckungskampagne avisiert, um die sofortige Übergabe des Geländes zu erzwingen. Gleichzeitig verlangte der VHP ein nationales Verbot von Rinderschlachtungen. Ein aus diesem Treffen folgender Marsch der Aktivisten zum Parlament wurde erst einen Kilometer vor dem Ziel von der Polizei gestoppt. Auf (leise) Proteste der Koalitionspartner gab die BJP zu verstehen, dass sie sich nach wie vor an das gemeinsame Regierungsprogramm gebunden fühle. Der Premierminister gab gleichzeitig zu bedenken, dass das archäologische Team, das mit der Erkundung von Spuren früherer Bauwerke auf dem Gelände von Ayodhya beauftragt wurde, schon genügend Beweise für die Existenz eines früheren Tempels gesammelt habe, gewaltsame Aktionen also überflüssig seien. Innerparteilich war in der BJP ein gewisser Rechtsruck zu konstatieren. Parteipräsident Venkaiah Naidu trug bei der Reorganisation der unionsstaatlichen Parteieinheiten Sorge dafür, dass der größte Teil der neuen Amtsträger aus den Reihen der RSS stammte. Er forderte auch die Chefminister der von seiner Partei regierten Unionsstaaten auf, die Führer der RSS (Rashtriya Swayamsevak Sangh) regelmäßig über die politischen Entwicklungen zu informieren, und diskutierte mit diesen eine gemeinsame politische Strategie. Diese sollten nach Absprache künftig

auch wegen der Besetzung von Schlüsselpositionen in der Regierung konsultiert werden.

Zwischenzeitlich erlitt die BJP bei den Landtagswahlen in Himachal Pradesh, die von ihr mit einer hinduradikalen Agenda bestritten wurden, eine herbe Niederlage, die zeigte, dass diese Agenda kein Patenrezept für eine allseitige Machtübernahme darstellt. Chefminister Narendra Modi war nämlich vergeblich als einer der Kampagnenführer eingesetzt worden, um die Hinduwelle auszuschlachten. Die Kongresspartei errang immerhin 40 der 65 Sitze, die BJP nur 16. Erstere wurde vor allem von den Mittelschichten favorisiert, die BJP errang nur bei den Brahmanen eine Mehrheit. Verluste brachten der BJP die mangelnde Parteidisziplin (die sich in Kandidaturen unterlegener Bewerber ausdrückte), vor allem aber die von den Wählern als mäßig wahrgenommene Leistung der bisherigen Regierung unter Beteiligung der BJP, insbesondere Verschwendung und steigende Arbeitslosigkeit. Bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen im kleinen und unruhigen Tripura siegte erwartungsgemäß die Linke Front (zum dritten Mal in Folge). Die Kommunistische Partei erhielt 38 von 60 Sitzen, die Kongresspartei 13. Letztere erlitt vor allem bei den bengalischen Wählern Verluste, die der Partei ihre Koalition mit der nationalistischen (und daher bengalenfeindlichen) Indigenous National Party of Tripura übel nahmen. In den weiteren nordöstlichen Bundesstaaten Meghalaya und Nagaland wurde bzw. blieb der Kongress stärkste Partei, kam aber nur in Meghalaya mit ans Ruder. Die Wahlen gaben der Kongresspartei wieder Auftrieb.

Ende März fand ein dreitägiges Konklave der Block- und Distriktpräsidenten dieser Partei statt, das erste dieser Art. Dort wurde der Säkularismus neu definiert, die Beseitigung der Armut und eine gute Regierungsführung wurden zu den wichtigsten Programmpunkten der anstehenden Wahlen bestimmt. Die Parteipräsidentin Sonia Gandhi zeigte sich selbstbewusst und aggressiv; sie attackierte die regierende Koalition an allen Fronten. Die Partei begann sich auch in der Frage der bisher abgelehnten Wahlallianzen langsam zu wandeln. Ende Mai wurden erstmals Wahlallianzen im Zentrum und in den Unionsstaaten als wichtige Strategie zur Bildung neuer Mehrheiten gut geheiß. Die Einzelheiten sollten allerdings den jeweiligen Parteipräsidenten und Chefministern überlassen bleiben.

2 Anhaltende Kontroverse um den Tempelbau in Ayodhya

Ende März wies das Oberste Gericht die schon genannte Petition der Zentralregierung zurück, das Verbot religiöser Aktivitäten auf dem Gelände der ehemaligen Moschee aufzuheben. Das Gericht ordnete an, den Status quo bis zur endgültigen Entscheidung des Gerichtshofes von Allahabad aufrecht zu erhalten. Dieses Urteil beeinträchtigte empfindlich den Versuch der Regierung, den VHP milde zu stimmen. Dieser sowie der RSS empfahlen der Regierung nun dringend, auf dem Wege der Gesetzgebung einen Tempelbau zu ermöglichen, wobei der VHP kurzfristig der Regierung sogar die Gefolgschaft aufkündigte.

Einen Monat später legte die Regierung ein neues Gesetz gegen Parteiübertritte vor, das den Verlust des Parlamentssitzes bei jedwedem Parteiwechsel und bei groben Zuwiderhandlungen gegen die Weisungen der Fraktionsführung vorsah. Die Kongresspartei und die kleineren Parteien sprachen sich gegen dieses Vorhaben aus, da es die innerparteiliche Demokratie untergrabe. Ein paralleler Gesetzesvorschlag sah vor, die Größe des jeweiligen Ministerrates auf maximal ein Zehntel der Zahl der Abgeordneten zu beschränken, um den Anreiz zu Parteispaltungen und Übertritten zu vermindern. Auch dieser Gesetzesvorschlag fand nicht die Gnade der Opposition, die darin nur den Versuch sah, die Koalition in Uttar Pradesh zu retten (s.u.). Erst im Dezember wurde er durch beide Häuser des Parlaments gebilligt.

Ende Mai fand eine erneute Kabinettsumbildung statt. Sie war, erstens, nötig, um die erratische Anführerin der Partei der Unterkastigen, Mayawati, durch Aufnahme ihrer Partei ins Kabinett zufrieden zu stellen. Der von der Regierung ins Auge gefasste Kandidat fand aber nicht ihr Gefallen. Nachdem sie selbst nominiert wurde, war dieser Konflikt vorerst beigelegt. Das zweite Motiv der Umbildung war die Verkleinerung übergroßer Ressorts. Dies gelang wegen des Widerstandes der betroffenen Minister nur begrenzt. Zuletzt wurde ein Vertreter des VHP als Staatsminister des Inneren aufgenommen. Der Umbildung voraus ging der Rücktritt des Landwirtschaftsministers und Führers des Rahstriya Lok Dal, Ajit Singh, der auch kein neues Portfolio übernehmen wollte. Der Posten ging darauf an einen Generalsekretär der BJP (Rajnat Singh). Mit der Umbildung erhielt Indien die größte Regierung aller Zeiten (mit 79 Mitgliedern).

Politisch agierte die Regierung glücklos. Bei der geplanten Einführung der Mehrwertsteuer in ganz Indien gab es massiven Widerstand aus den Unionsstaaten, aus den Reihen der Händler und selbst von der BJP, für welche die Händler einen wichtigen Wählerblock darstellten, so dass der Einführungstermin erst einmal verschoben werden musste. Anfang Mai musste zudem der Gesetzesvorschlag, der eine Frauenquote (von einem Drittel) für das Unterhaus vorsah, erneut begraben werden, weil die Vertreter kleinerer Koalitionspartner argumentierten, nur Frauen aus der Elite trügen Nutzen aus diesem Vorhaben. Weitere Privatisierungen wurden auf die lange Bank geschoben, ebenso die Neufassung der Arbeitsgesetze.

Parallel steigerte sich die Militanz fundamentalistischer Hindus. Im bisher relativ friedlichen Kerala kam es Anfang Mai zu Anschlägen in Marad, die offensichtlich sowohl von hinduradikalen Gruppen wie linken Parteien angeheizt worden waren und eine nicht unbeträchtliche Fluchtwelle bei den Muslimen auslösten. Schon vorher veranstaltete der VHP rituelle Initialfeiern für seine Anhänger, bei denen unter religiösem Vorwand Hunderttausende von aus Edelfeststoff gefertigten Dreizacks (Trishuls) verteilt wurden. Bei einer dieser Feiern wurde ihr Führer Togadia verhaftet und kurzfristig eingesperrt. Für diesen Fall hatte Togadia einen Bürgerkrieg vorausgesagt; dieser unterblieb freilich. Allerdings forderte der internationale Präsident des VHP, Ashok Singhal, den Rücktritt von Premierminister Vajpayee, wenn er keine Gesetzgebung zum Bau eines Tempels in Ayodhya vorlege und durchs Parlament bringe. Regierung und BJP versuchten stattdessen, eine ausgehandelte Lösung für den Tempelkonflikt mit den Vertretern des All India Muslim Personal

Board (AIMPLB) zu erreichen. Darüber zeigte wieder der VHP Verärgerung, machte der Kongresspartei Avancen, falls sie die Interessen des VHP berücksichtige, spielte auch mit dem Gedanken der Gründung einer neuen hinduradikalen Partei und forderte die Räumung zweier weiterer Moscheen, die angeblich auf der Basis früherer Tempel errichtet worden seien (in Mathura und Kashi). In den Konflikt schaltete sich im Sommer ein hoher Geistlicher eines Hinduordens ein, der die Muslime dazu bewegen wollte, das Gelände in Ayodhya freiwillig zu übergeben, im Austausch gegen Mittel zum Bau einer neuen Moschee an diesem Ort. Die BJP und der Premierminister stellten sich hinter diesen Vorschlag, VHP und eine Mehrheit im AIMPLB lehnten ihn aber ab. Spiegelbildlich verwarf Innenminister Advani den Vorschlag, den Tempelbau über einen Gesetzentwurf zu ermöglichen, weil dieser die Zustimmung der Kongresspartei (und auch der Koalitionspartner) verlangt hätte. Regierungsführung, so Advani, verlange Pragmatismus und habe nichts mit Ideologie zu tun. Tatsächlich lehnten sowohl Kongresspartei wie die kleineren Koalitionspartner ein solches Vorgehen brüsk ab. Es kann nicht verwundern, dass diese Entwicklung zur Verhärtung der Fronten zwischen Regierung und hinduradikalem Vorfeld beitrug. Dazu kam, dass die per Gerichtsbeschluss angeordnete archäologische Untersuchung in Ayodhya keinen wasserdichten Beweis für die frühere Existenz eines Tempels liefern konnte.

Ein gewisser Trost für BJP und Regierung war die Tatsache, dass die Kongresspartei mit ihrer neuen strategischen Ausrichtung für die kommenden Wahlen auch nicht besonders glücklich operierte. Anfang Juli wurde die neue Wahlstrategie in Shimla formuliert, gemäß der vor allem jene Wahlkreise Beachtung erfahren sollten, die 1999 verloren gingen, ebenso – als Gruppen – die Kastenlosen, Stammesangehörigen und Minderheiten. Inhaltlich wurden eine Entwicklung mit menschlichem Gesicht ausgelobt, Beschäftigungsprogramme, Ernährungssicherung und attraktive Produzentenpreise für die Bauern gefordert. Die Partei schloss sich auch jenen an, die mit weiteren Einwänden für die Unterprivilegierten Punkte zu machen suchten. Dies alles unter der Bedingung, dass Sonia Gandhi eine alternative Koalition nach den Wahlen anführen würde. Unklar blieb, ob die anvisierten Wahlallianzen denn auch zustande kommen würden, weil die BJP das Feld schon weitgehend bestellt hatte. Tatsächlich reagierte die umworbene Samajwadi Party abwehrend, weil ihrer Meinung nach die Kongresspartei die Bedingungen der Kooperation diktieren wollte. Auch die linken Parteien schlossen Wahlallianzen mit dem Kongress vorderhand aus.

3 Das gescheiterte Misstrauensvotum und das Ende der Koalition in Uttar Pradesh

Insgesamt war die Kongresspartei im Sommer jedoch in leichtem Aufwind. Wahlprognosen sagten ihr eine deutliche Verringerung ihres Abstandes zur BJP voraus. Sonia Gandhi gewann den Umfragen zufolge an Popularität, lag aber noch deutlich hinter dem Premierminister. Zu diesem leichten Stimmungsumschwung hatte auch

beigetragen, dass der Prozess gegen die Anstifter der Zerstörung der Moschee in Ayodhya Ende 1992 (darunter Innenminister Advani) in eine entscheidende Phase trat, die Opposition gleichzeitig damit argumentieren konnte, die zentralen Ermittlungsbehörden hätten auf Druck der Regierung die Anklage gegen Advani verwässert. Tatsächlich wurden Advani sowie Bildungsminister Murli Manohar Joshi nun nur noch der Aufstachelung kommunaler Gefühle, nicht aber der kriminellen Konspiration angeklagt. Wäre dies geschehen, hätten sie auch für die Zerstörung der Moschee haftbar gemacht werden können, ohne in die Ausführung involviert zu sein. Vor dem von der Opposition in diesem Kontext angestrebten Misstrauensvotum für Ende August versuchte die Regierung eine revidierte Frauenquote für das Unterhaus als Gesetz durchzubringen. Der Kompromissvorschlag beinhaltete die Einführung von Zweierwahlkreisen (bei einem Drittel der Wahlkreise), wobei die reservierten Sitze für die Frauen aber rotieren sollten und ein Teil von ihnen für unterkastige Frauen vorgesehen war. Erneut wurde dieser Vorschlag von den kleineren Koalitionspartnern ausgebrems, wobei die BJP die Widerstände aber auch nicht aggressiv anging.

Schon vor der Abstimmung über das Misstrauensvotum war klar, dass die Regierung es unbeschadet überstehen werde. Die nicht zur Koalition gehörende Telugu Desam Party und die Wackelkandidaten BSP (Bahujana Samaj Party) und DMK (Dravida Munnetra Kazhagam) erklärten, die Regierung stützen zu wollen, die anderen Koalitionspartner stellten sich rückhaltslos hinter die Regierung. Diese überstand die Abstimmung daher mit komfortabler Mehrheit, obwohl der Premierminister nicht gerade mit feuriger Rhetorik glänzte. Auch hierüber sollte die Freude nicht lange währen. Ein aus naheliegenden Gründen (zum Zwecke der parteipolitischen Polarisierung) von der Regierung eingebrachtes Verbot der Rinderschlachtung und des Exports von Rindfleisch scheiterte noch im selben Monat an den Koalitionspartnern und der Opposition, wobei es im Unterhaus zu wüsten Szenen kam. Die Opposition argumentierte, das Vorhaben falle in die Kompetenz der Unionsstaaten, ein Bundesgesetz sei weder erwünscht noch erforderlich. Die Regierung beschloss darauf, eine Allparteienkonferenz zur Diskussion des Gesetzes einzuberufen. Parallel laufende Bemühungen zur Schaffung eines einheitlichen Zivilrechtes, das vom Obersten Gerichtshof angemahnt worden war, verliefen aus ähnlichen Gründen im Sande. Sie hätten nur bei Kooperation der Kongresspartei Erfolg gehabt. Auch das als Vorwahlschlagerei lancierte Vorhaben des Premierministers und der Kongresspartei, neue Reservierungsquoten (für die Stellen im öffentlichen Dienst) zugunsten der Armen unter den höheren Kasten einzuführen, hatte ohne die Kooperation anderer Parteien keine Chance.

Ende August platzte auch noch die Koalition der BJP mit der Partei der Unterkastigen (BSP) in Uttar Pradesh, dem größten Unionsstaat. Chefministerin Mayawati von der BSP hatte ihr Amt zuvor zur massiven Begünstigung der Dalits genutzt und das Antiterrorgesetz selektiv gegen oppositionelle Landtagsabgeordnete angewandt. Die BJP hatte mangels personeller Alternativen still gehalten. Mayawati hatte auch – festgehalten per Video, das der oppositionellen SP (Samajwadi Party) zugespielt wurde – ihre Abgeordneten erpresst, von den staatlichen Entwicklungs-

fonds, über deren Ausgaben sie zu befinden hatte, der Parteikasse einen Teil zukommen zu lassen. Das von der SP beantragte Misstrauensvotum wurde in solcher Eile angesetzt, dass die Regierung es vergleichsweise unbeschadet überstand (Anfang März). Mulayam Singh Yadav, der Führer der SP, nutzte allerdings in der Folge den Videomitschnitt bei seiner politischen Mobilisierungstour im April kräftig. Ein für Ende Mai geplanter Misstrauensantrag der Opposition scheiterte an der Weigerung des Gouverneurs, eine Sondersitzung des Landtages anzusetzen. Die nächste Belastung der BJP-BSP-Koalition brachte ein an sich belangloser Korruptionsfall in der Frage des so genannten Taj-Korridors, den die BSP zur Forderung nach Rücktritt des zentralen Ministers für Tourismus, Jagmohan (von der BJP), nutzte. Der Premierminister ließ sich in dieser Frage nicht erpressen, bedeutete Mayawati vielmehr, dass dann die Koalition zu Ende sei. Genau dies hatten eine Reihe von BJP-Landtagsabgeordneten von BJP-Präsident Venkaiah Naidu gefordert.

Im August wurde die Luft für die Koalition zunehmend dünner. Es mehrten sich die Zeichen, dass etliche Abgeordnete der BJP zur Opposition überlaufen würden, weil diese bei vorgezogenen Wahlen um ihre Sitze fürchten mussten. Zudem fand die Opposition auch bei den unabhängigen Abgeordneten Zuspruch. Andererseits schien die BSP bestrebt, die Unterhauswahlen ohne ihren Partner anzugehen, weil sie sonst mit Verlusten bei den Dalits und Muslimen rechnen müsste. Als sich die Lage zuspitzte, kam Mayawati der Verhängung von Direktverwaltung durch den Gouverneur (President's rule) zuvor und empfahl bei vorher organisierter Medienpräsenz die Auflösung des Landtages. Darauf verließen die BJP-Minister, die vorher dem Gouverneur mitgeteilt hatten, sie unterstützten die Regierung nicht mehr, den Schlachtplatz. Der Gouverneur forderte gegen die Erwartung der BSP Mulayam Singh Yadav zur Bildung einer neuen Regierung auf, aber ließ ihm für das Vertrauensvotum ganze zwei Wochen Zeit. Damit erhöhte sich zwangsläufig die Zahl der Abtrünnigen. Die neue Regierung wurde unterstützt von einer Gruppe BSP-Abtrünniger, nicht aber von der Kongresspartei, die ihre Chancen bei den Dalits nicht mindern wollte. Kurz nach Amtsantritt des neuen Chefministers Mulayam Singh Yadav wurde Mayawati mit sage und schreibe 131 Klagen eingedeckt.

4 Triumph der BJP bei den Landtagswahlen

Im September ließ der Sondergerichtshof in Uttar Pradesh die Anklage gegen Innenminister Advani (s.o.) vollends fallen. Vielfach wurde dies als politische Entscheidung gewertet, weil dies bei den übrigen sieben Angeklagten nicht geschah, obwohl die Beweislage in allen Fällen identisch war. Bildungsminister Joshi trat daraufhin von seinem Amt zurück, wurde aber vom Premier genötigt, seine Geschäfte wieder aufzunehmen. Einen Monat später erreichte die Agitation um Ayodhya einen erneuten Höhepunkt. Der VHP hatte dort für den 17. Oktober ein Aktivistentreffen angesetzt, das den Beginn des Tempelbaus symbolisieren sollte. Tausende machten sich auf den Weg. Der neue Chefminister von Uttar Pradesh stoppte aber mit massiven Vorkehrungen (Straßensperren, Verhängung von Ausgangsverboten, Massenverhaftungen) dieses Vorhaben. Er hatte befürchtet, die BJP

wolle seine Regierung mit dieser Aktion unterminieren, bekam aber – auf Anfrage – massive polizeiliche Unterstützung durch die Zentralregierung, von der sich der VHP konsequenterweise verraten fühlte. Die schließlich noch stattfindende Demonstration dieses Verbandes war bescheiden dimensioniert, konnte daher von der Landesregierung mehr oder weniger ignoriert werden. Kurz darauf beschädigte ein weiterer Korruptionsfall das Image der BJP. Ihr Spitzenkandidat für die Wahlen in Chhattisgarh, Dilip Singh Judeo, wurde bei Videoaufnahmen gezeigt, wie er Bündel von Geldscheinen seitens der Vertreter eines australischen Bergbauunternehmens in Empfang nahm.

Dieser Vorfall beeinträchtigte den überwältigenden Wahlerfolg der BJP bei den Anfang Dezember in fünf Unionsstaaten stattfindenden Wahlen in keiner Weise. Hierbei behielt die Kongresspartei nur in Delhi die Mehrheit, während sie in Chhattisgarh, Madhya Pradesh und Rajasthan die Regierungsführung abgeben musste und in Mizoram die regierende Mizo National Front nicht aushebeln konnte. In Madhya Pradesh erreichte die BJP eine Mehrheit von zwei Dritteln der Sitze in Rajasthan und selbst in Chhattisgarh (mit dem in flagranti ertappten Spitzenkandidaten) die absolute Mehrheit. Dieser Erfolg galt zunächst als Sieg der gemäßigten Parteilinie des Premierministers; er war in diesem Umfang von niemandem vorausgesagt worden. Verantwortlich für die Niederlage der Kongresspartei in Madhya Pradesh war die von den Wählern wahrgenommene schlechte Regierungsführung (Korruption, Verfall der Infrastruktur, Stromausfälle). Die Partei musste vor allem bei den Dalits und Stammesangehörigen Stimmenanteile abgeben und konnte sich nur bei den Muslimen halten. Spiegelbildlich verteilten sich die Gewinne der BJP, die auch ihre bisherigen Hochburgen ausbauen konnte. In Chhattisgarh lagen die Stimmenanteile der beiden Kontrahenten eng beieinander; hier waren für die Niederlage des Kongress vor allem die kleineren Parteien verantwortlich, deren Konkurrenz ihn Sitze und Stimmen bei den Muslimen und Niedrigkastigen kosteten. Bei den Gründen für die Stimmenscheidung stand nach Befragung weniger der Zustand der Infrastruktur als die Korruption im Vordergrund.

Der beachtliche Erfolg der Kongresspartei in Delhi war überwiegend lokalen Ursachen geschuldet, erstens der Popularität der bisherigen Chefministerin Sheila Dikshit, der guten Regierungsführung und der Tatsache, dass sich die BJP allzu sehr auf ihre traditionellen Unterstützergruppen (Händler, Oberkastige) verließ und den Rest vernachlässigte. Was schließlich Mizoram anbetrifft, so litt die Kongresspartei unter dem schlechten Image ihres Spitzenkandidaten und der Tatsache, dass sie keine Wahlallianz eingegangen war.

Der Wahlerfolg und seine Ursachen bestätigten die BJP darin, sich bei den anstehenden Unterhauswahlen auf das Thema Regierungsführung zu konzentrieren. Sehr früh mehrten sich Stimmen in der Partei, die augenblicklich günstige Stimmung für die Partei zu einem zeitlichen Vorziehen dieser Wahlen zu nutzen.

Erschrocken wegen des Wahlergebnisses berief die Kongresspartei ihr Spitzengremium (Central Working Committee – CWC) zu einer Introspektionssitzung ein. Die zentrale Wahlkampfkoordinatorin (Ambika Soni) erklärte sich bereit, persönliche Konsequenzen aus dem Debakel zu ziehen und ihren Posten als Generalsekretä-

rin aufzugeben. Die Parteiführung bekräftigte ihre Absicht, für die nächste Unterhauswahl Allianzen mit kleineren Parteien zu bilden. Bei der Introspektion kam ansonsten nicht viel heraus. Die Ursachen der Niederlage wurden nur ansatzweise bearbeitet, das CWC drückte sein Vertrauen in die Führungskraft von Sonia Gandhi aus (dissidentierende Stimmen blieben verhalten), der Standpunkt der Partei in wirtschaftspolitischen Fragen blieb vage. Im Januar 2004 wurde Ambika Soni von ihren bisherigen Pflichten in Madhya Pradesh und Rajasthan entbunden, bekam aber neue Aufgaben. Zwei frühere Chefminister wurden als Kandidaten in das zentrale Leitungsgremium der Partei aufgenommen, sonst blieb alles beim alten.

Die BJP versuchte in der Folge tatsächlich, die Gunst der Stunde zu nutzen und die eigentlich erst für Herbst 2004 vorgesehenen Unterhauswahlen vorzuziehen. Zu diesem Zweck wurde das Parlament für den 29. Januar 2004 wieder zusammengerufen, formal, um über einen Nachtragshaushalt und das Eisenbahnbudget abzustimmen, faktisch um seine vorzeitige Auflösung zu ermöglichen. Ein entsprechender Vorschlag wurde dem Präsidenten vom Kabinett am 6. Februar unterbreitet. Neuwahlen sind nun von Mitte April bis Anfang Mai 2004 vorgesehen. Die Einhaltung dieses Termins hängt vor allem von den Arbeitsfortschritten der Wahlkommission bei der Revision der Wählerregister und der Ausgabe neuer Wahlausweise ab. Die beiden großen nationalen Parteien wurden schon kurz nach der Jahreswende aktiv, um einschlägige Wahlallianzen zu schmieden. Die Kongresspartei, die früher den Eindruck erwecken wollte, die Wahlen ohne Bündnispartner bestehen zu können, hatte Erfolge bei der tamilischen DMK (Dravida Munnetra Kazhagam) und der National Congress Party von Sharad Pawar, die BJP – nervös gemacht durch diesen strategischen Schwenk ihrer Opponentin – bei der AIADMK (All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam), deren Führerin Jayalitha doch einstmals für die Aushebelung der ersten von der BJP geführten Koalition (1999) gesorgt hatte. Wenig verwunderlich war auch die Tatsache, dass die Regierung strategische Wählergruppen durch kurzfristig gewährte Vergünstigungen zu beeinflussen suchte. Davon profitierten vor allem die Bauern. Die Regierung kündigte die Bildung einer neuen Agrarkommission, die teilweise Privatisierung der Nahrungsmittelexporte, die Versorgung des Landes mit urbaner Infrastruktur und eine mögliche Revision der Produzentenpreise an.

5 Entwicklungen in Kaschmir und im Nordosten

Bei den ethnischen/separatistischen Konflikten in Indien war 2003 eine gewisse Beruhigung zu verzeichnen. Am meisten Bewegung kam in den Konflikt mit der größten Sezessionsbewegung im Nordosten, dem Nationalist Socialist Council of Nagaland (NSCN). Deren Führer trafen im Januar 2003 zu Verhandlungen in Delhi ein, womit gleichzeitig deutlich wurde, dass sie von ihrer Forderung nach Unabhängigkeit abzurücken begannen. Da die Naga-Rebellen auch andere Rebellengruppen in Indien mit Waffen versorgten, erwartete die Regierung von Friedensgesprächen auch positive Sekundäreffekte. Der Führer des NSCN sagte bei seiner Ankunft in Delhi, es werde keine weiteren Kämpfe zwischen Indern und Naga geben, man

werde auch die kommende Provinzwahl nicht boykottieren. Stolperstein eines Friedensschlusses bildete die Forderung des NSCN nach Arrondierung von Nagaland durch Bezirke aus benachbarten Unionsstaaten, ein Ansinnen, gegen das sich alsbald Widerstand in diesen Staaten regte.

Auch in Kaschmir begann sich die Spannung nach den letzten Landtagswahlen zu lockern. Als Folge der Machtübernahme der People's Democratic Party und ihrer Politik der heilenden Hand sowie beträchtlicher Subsidien der Zentralregierung für eine ganze Reihe von Entwicklungsvorhaben hatte sich die Stimmung in Kaschmir deutlich verbessert, die Zahl der Anschläge ging zurück. Diese Entwicklung hatte auch Einfluss auf die politischen Perspektiven der Rebellengruppen. In der All Parties Hurryat Conference kam es zu einer Spaltung. Ihr neu gewählter Vorsitzender Abbas Ansari kündigte im August an, er werde nach Pakistan reisen, um militante Gruppen davon zu überzeugen, die Waffen niederzulegen; eine Lösung des Kaschmirproblems, so Ansari, sei nur durch Dialog möglich. Diese Ankündigung kam nur wenige Tage nachdem die besonders militante Jamat-e-Islami eine neue Terrorwelle angekündigt hatte. Die propakistanischen Gruppen traten daraufhin aus der Hurryat-Konferenz aus. Die Gemäßigten in der Hurryat-Konferenz hatten zuvor schon mit etlichen Botschaften und dem Kaschmirkomitee der Zentralregierung verhandelt.

Im September wurde zum ersten Mal seit zehn Jahren in Kaschmir ein unblutiger Unabhängigkeitstag begangen, zwei Wochen zuvor hatte sich in Srinagar schon der Inter-State Council getroffen, um Normalität zu demonstrieren. Die neue Regierung in Kaschmir hatte die gerichtliche Überprüfung von Todesfällen während der Haft angeordnet und Straßensperren aufheben lassen. Zum Bild langsamer Normalisierung passte auch die Zunahme des Tourismus und von Pilgerfahrten in das Land am Himalaya. Die indische Regierung nutzte die Gunst der Stunde und bot der Hurryat-Konferenz Verhandlungen an. Indienminister Advani wurde gemäß einem Beschluss des Sicherheitskomitees im Oktober damit beauftragt. Die Hurryat-Führung war sich freilich nicht einig, ob Gespräche sinnvoll seien. Sie verlangte eine schriftliche Einladung und die Bestätigung darüber, dass auch über Sezession verhandelt werden könne. Advani antwortete erwartungsgemäß, dass nur eine Dezentralisierung in Frage komme, die territoriale Integrität Indiens aber nicht verhandelbar sei. Am 22. Januar fanden tatsächlich Verhandlungen zwischen den gemäßigten Führern der Hurryat-Konferenz und der indischen Regierung statt, denen alsbald das Prädikat „historisch“ verliehen wurde. Materiell kam bei diesen Gesprächen allerdings nicht allzu viel heraus, außer der Beschwörung einer „ehrenhaften und dauerhaften“ Lösung des Kaschmirkonfliktes und dem Versprechen des Innenministers, mildere Fälle politischer Inhaftierungen überprüfen zu lassen. Allerdings hatte sich der Ton vor und nach den Verhandlungen stark gegenüber den Vorjahren geändert, als solche von der Hurryat-Konferenz noch als unsinnig und schädlich geißelt wurden. Die Hardliner machten freilich kurz nach den Verhandlungen Front gegen mögliche Kniefälle gegenüber Neu-Delhi und kündigten die Liquidation möglicher „Verräter“ an. Für sie kamen weiterhin nur dreiseitige Verhandlungen (unter Einschluss Pakistans) und auch nur nach vorherigen indisch-pakistanischen Verhandlungen (die für Februar angesetzt waren) in Frage.

Weniger positiv verlief die Entwicklung in Assam. Dort wurden biharische Immigranten von Angehörigen der United Liberation Front of Assam (ULFA) attackiert, als sie sich um begehrte Stellen bei den indischen Eisenbahnen bewarben. Die ULFA warnte vor weiterer Eskalation, wenn die Biharis Assam nicht verließen. Die Reaktion in Bihar ließ nicht auf sich warten; Passagiere aus Assam wurden attackiert. Die Border Security Forces mussten nach Assam geschickt werden, damit die Landesregierung die Sicherheit wiederherstellen konnte.

Werner Draguhn (Hrsg.)

Indien 2004

**Politik
Wirtschaft
Gesellschaft**

Redaktioneller Beirat:
Prof. Dr. Michael von Hauff
Prof. Dr. Dietmar Rothermund
Dr. habil. Christian Wagner

Beiträge von:

Beate Bergé	Peter Lehr
Joachim Betz	Hans Christoph Rieger
Dirk Bronger	Jakob Rösel
Jona Aravind Dohrmann	Dietmar Rothermund
Michael von Hauff	Michael Schied
Jörg Joswiak	Günter Schucher
Clemens Jürgenmeyer	Christian Wagner
Pia Kleis	Johannes Wamser
Elena Koch	Hans-Georg Wieck
Heinrich Kreft	Wolfgang-Peter Zingel
Oliver Lamprecht	



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE
Hamburg 2004

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje, M.A.
Satz und Textgestaltung: Christine Berg, M.A.

Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

ISSN 1436-1841
ISBN 3-88910-306-5
Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2004

<p>Indien 2004. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft / hrsg. von Werner Draguhn. – Hamburg : IFA, 2004. – 478 S. ISSN 1436-1841 ISBN 3-88910-306-5</p>
--



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien. Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: www.duei.de/ifa.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturlatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde (www.duei.de/dok) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: dok@duei.de).